

RUNDER TISCH DER RELIGIONEN BEIDER BASEL

Kontakt: Dr. Lilo Roost Vischer,
Koordinatorin für Religionsfragen im Auftrag der
Abteilung Gleichstellung und Integration
des Präsidentsdepartements Basel-Stadt
Leiterin des Runden Tisches der Religionen beider Basel

Steinengraben 5, 4051 Basel
061 267 27 42
lilo.roost-vischer@unibas.ch



Der Runde Tisch der Religionen beider Basel ist am 23. Mai 2007 gegründet worden. Er bezweckt die institutionalisierte und lösungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Religionsgemeinschaften, kantonalen Behörden und der Öffentlichkeit. Im Jahr 2009 hat er sich zu fünf längeren Sitzungen getroffen.

Zehnter Runder Tisch der Religionen 14.1.2009:

Diskussion der Auswirkungen des Gazakriegs

Als neues Mitglied am Runden Tisch kann die Römisch-katholische Kirche BL begrüsst werden, vertreten durch Peter Messingschlager. Haupttraktandum an diesem ersten Runden Tisch des neuen Jahrs sind der Gazakrieg und die vielfältigen Reaktionen darauf. Verschiedene Stellungnahmen («Rat der Religionen ruft zum Gebet für den Frieden im Nahen Osten auf» vom 12.1.2009 und andere), Briefe und Kundgebungen werden vorgestellt. Es entwickelt sich eine offene und engagierte Diskussion, in der festgehalten wird, dass sich mehrere Mitglieder des Runden Tisches direkt von Konfliktherden betroffen fühlen, nicht nur in Gaza,

sondern auch in Sri Lanka und der Türkei. Gewarnt wird vor einseitigen Stellungnahmen und vor Instrumentalisierung von Religion allgemein, aber auch vor dem Nichtreagieren auf Konflikte, welche die Mitglieder bewegen. Es gilt also, Konflikte anzusprechen, jedoch Belastungen unserer hiesigen Zusammenarbeit und des Zusammenlebens zu vermeiden respektive abzubauen. Der Runde Tisch beschliesst, dass ein nichtpolitischer Schweigemarsch unter dem Motto «Sehnsucht nach Frieden» ein starkes Zeichen wäre. Die Durchführung sollte aber vom Interreligiösen Forum getragen werden, der Runde Tisch kann nur unterstützend mitwirken.

Nach diesem Runden Tisch findet ein Gespräch zwischen Vertretern des Interreligiösen Forums, der Basler Muslim Kommission BMK und der Israelitischen Gemeinde Basel IGB statt. Es ergibt, dass die Basis für einen gemeinsamen Anlass noch zu dünn sei, es brauche im Vorfeld eine Aussprache zwischen der BMK und der IGB. Aus Gründen organisatorischer und terminlicher Art kommt diese Aussprache in den folgenden Wochen jedoch nicht zu Stande. Der geplante Schweigemarsch wird schlussendlich nicht realisiert. Positiv an der ganzen Auseinandersetzung ist, dass am Runden Tisch genügend Vertrauen und Offenheit herrschen, um auch politische Konflikte mit persönlicher Betroffenheit anzusprechen.

Elfter Runder Tisch der Religionen 25.3.2009:

Interreligiöse Belastungen

Am elften Runden Tisch wird eine weitere Belastung der interreligiösen Beziehungen diskutiert: Die Medienberichterstattung um die Aufhebung der Exkommunikation der Piusbruderschaft durch den Papst und die Äusserungen zum Holocaust von Bischof Williamson. Die Stiftung Christlich Jüdische Projekte CJP hat zu diesem Thema eine Diskussionsveranstaltung mit Bischof Koch organisiert. Die beiden römisch-katholischen Vertreter am Runden Tisch führen aus, wie sehr dieser Konflikt ihre Kantonalkirchen belastet. Ein Problem sei die mangelnde Kommunikation von Rom gewesen. Für sie beide bestehe jedoch keinerlei Hindernis in der interreligiösen Zusammenarbeit.

Die Diskussion fokussiert sich auf das Problem medialer Verkürzungen und Aufbauschungen, mangelnde Differenzierung sei ein Hauptproblem in den gegenwärtigen öffentlichen Debatten. Als weiteres die interreligiöse Arbeit belastendes Beispiel wird die «Schariadediskussion» genannt, die in der Folge von Christian Giordanos Artikel «Rechtspluralismus: ein Instrument für den Multikulturalismus?» in der Zeitschrift *tangram* entbrannt ist. Giordano ist als Schariaverfechter dargestellt worden, ohne dass der ursprünglich in italienisch verfasste Artikel wirklich gelesen respektive verstanden wurde. Auch die Motion von Lukas Reimann für eine Kontrollstelle der Imame oder die Berichterstattung über ein Forschungsprojekt zu Rechtsextremismus in der Gratiszeitung *20minuten* sind unter dem Aspekt der Angst vor Muslimen abgehandelt worden. Dieser neue Brennpunkt «Islam» bewirkt folgenden Kommentar von muslimischer Seite: «Das ist nicht nur Mobbing, das ist Psychoterror. Alle erlauben sich, über den Islam zu reden, auch wenn sie nichts davon verstehen.» Es gehe den Christen auch so, sie seien aber in Bezug auf die Verachtung des Religiösen schon abgehärteter, gibt ein Mitglied der evangelisch-reformierten Kirche zu bedenken.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wird beschlossen, die Eröffnung der zweiten nationalen Woche der Religionen der Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz gemeinsam mit dem Interreligiösen Forum Basel im Rathaus durchzuführen, und zwar am 2. November und bikantonal. Ausserdem wird in Erwägung gezogen, ob sich der Runde Tisch an der Basler Museumsnacht

beteiligen könnte. Dies mit der Absicht, verstärkt auf die positiven Beiträge von Religionsgemeinschaften an das gesellschaftliche Leben aufmerksam zu machen, statt Religion nur als Negativthema im Raum stehen zu lassen. Die nötigen Abklärungen werden für die nächste Sitzung getroffen.

Schliesslich werden die verschiedenen Aktivitäten im Vorfeld der Minarettverbotsinitiative diskutiert. Man ist sich einig, dass zu viele Stellungnahmen nicht hilfreich sind. Entscheidend sei, dass sich muslimische Organisationen vermehrt und klar äussern, um den diffusen Ängsten vieler Bürgerinnen und Bürger entgegen zu treten. Die derzeit vorherrschende Sprachlosigkeit von muslimischer Seite sei zwar verständlich (Ohnmachtsgefühle, Überlastung der wenigen Vermittlerfiguren), sollte aber überwunden werden. Der Runde Tisch ermutigt deshalb die BMK zu einer klarer Stellungnahme (Bekennnis zur Rechtsstaatlichkeit, architektonische und soziale Verträglichkeit von Moscheen und Sakralbauten allgemein) und erklärt sich bereit, die BMK bei Bedarf zu unterstützen.

Zwölfter Runder Tisch der Religionen 19.5.2009:

Informationsaustausch

Die Idee, sich an der Museumsnacht zu beteiligen und einen Rundgang durch verschiedene Gotteshäuser anzubieten, muss nach Vorabklärungen fallen gelassen werden, da die Museumsnacht nur Projekte mit fester Anbindung an Museen akzeptiert. Als wichtigster Anlass im Jahr 2009 wird die bikantonale Eröffnung der Woche der Religionen positioniert, an der auch der Runde Tisch nochmals vorgestellt werden soll. Arbeitsthema: «Wie viel Freiraum dürfen und sollen Religionsgemeinschaften beanspruchen?»

Zur Frage, wie Religion an den Schulen thematisiert wird, sollen die bereits früher verteilten Lehrmittel «Fragezeichen» und die Zürcher Broschüre «Religionen und ihre Feste, ein Leitfaden durch das interkulturelle Schuljahr» kritisch gelesen werden. Korrekturen und Ergänzungsvorschläge sind zu überlegen und es ist abzuklären, welche Lehrmittel in den beiden Kantonen verwendet werden. Der Vertreter der Basler Muslim Kommission erwähnt die Gründung eines Imamrats, dem vor allem türkische Imame angehören und der auch einbezogen werden könne. Hingewiesen wird auch auf die Gründung der privaten christlichen Primarschule Salta in Aarau.



Als wichtig für unsere Arbeit wird die Gründung des Interreligiösen Think Tank (www.interrelthinktank) hervorgehoben, dem religiös und interreligiös engagierte Frauen angehören. Ausserdem wird die Studie «Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft» aus Berlin erwähnt (www.berlin.de/lb/ads). Konkrete Klagen zum Gay-Festival EuroPride 09 in Zürich hat es nicht von «Einwanderern», sondern von der «Familienlobby Schweiz» gegeben. Festzuhalten ist, dass die Verpflichtung zu Antidiskriminierung den Runden Tisch auch weiter beschäftigen wird.

Dreizehnter Runder Tisch der Religionen 19..8.2009:

Studie Imamausbildung und religionsbezogene Lehrmittel

Diskutiert wird am dreizehnten Runden Tisch die Medienmitteilung des Forschungsprojekts «Imamausbildung und islamische Religionspädagogik in der Schweiz», das im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» NFP 58 durchgeführt worden ist. Insgesamt hinterlässt die Studie Imamausbildung einen positiven Eindruck in unserer Runde. Wie allerdings der sowohl bei Behörden als auch bei der muslimischen Bevölkerung breit abgestützte Wunsch nach einer schweizerischen Imamausbildung umgesetzt werden könnte und wer die Inhalte der Ausbildung bestimmt, ist noch unklar. Die Beantwortung dieser Fragen benötige noch viel Zeit, meint ein Vertreter der BMK. Präzisionsbedarf herrscht auch beim Thema Finanzierung: Während die Kantone das christliche Theologiestudium an den Universitäten im üblichen Rahmen bezahlen, wird beispielsweise die einjährige Zusatzausbildung zum evangelisch-reformierten Pfarrer von den Kirchen und nicht mit staatlichen Geldern finanziert. Es wird auf zwei bereits existierende Weiterbildungskurse hingewiesen, die auch von Imamen besucht werden können: Erstens auf den Diplomkurs «Integration im multireligiösen Kontext» des Advanced Study Centre der Universität Basel und zweitens auf den Zertifikatskurs «Religiöse Begleitung im interkulturellen Kontext» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur. Erwähnt wird auch, dass das Migrationsamt Basel-Stadt mit zwei Imamen eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen hat: mit dem Imam des Türkisch-Islamischen Sozial- und Kulturvereins und dem Imam der Islamischen Gemeinschaft Bosniens. Voraussetzung für das Bewilligungsverfahren sind eine qualifizierte theologische Ausbildung und gesetzeskonforme Arbeitsbedingungen. Die Integrationsvereinbarung enthält die Verpflichtung, Deutschkenntnisse auf Niveau B1 zu erwerben. Ausserdem sind die Imame in Kontakt mit der Koordination für Religionsfragen, um sich über rechtliche Aspekte zu informieren und die interreligiöse Arbeit kennen zu lernen. Der Runde Tisch wird das Thema Aus- und Weiterbildung von religiösen Betreuungspersonen regelmässig aufgreifen, um sowohl den Informations- als auch den Diskussionsbedarf abzudecken.

Betreff religionsbezogene Lehrmittel für den schulischen Unterricht werden folgende Sachverhalte geklärt: Die Lehrkräfte in BS sind in der Wahl der Lehrmittel frei. In BL wird im Rahmen des obligatorischen Fachs «Biblische Geschichte» (Bestandteil von «Mensch und Umwelt», Umbenennung im Rahmen des Lehrplans 21 geplant) für die dritte bis fünfte Klasse das Berner Lehrmittel «Fragezeichen» eingeführt. Für die erste und zweite Klasse wird die Einführung des Lehrmittels «Himmelszeichen» geprüft. Zum Lehrbuch «Fragezeichen» gibt es keine Einwände zu bestehenden Beiträgen. Hingegen wird das Fehlen von Hinweisen zu den Christkatholiken, den Aleviten und den Baha'i moniert. Zu prüfen sei die Zurverfügungstellung von Materialien und Kurzzusammenfassungen. Ein reformierter Pfarrer lobt das Zürcher Lehrmittel «Religionen und ihre Feste»

als sehr informativ. Die Mitglieder des Runden Tisches werden aufgefordert, die Angaben in den Nachschlagewerken (zum Beispiel dem Religionskalender von inforel, www.inforel.ch) und Lehrbüchern zu überprüfen und Korrekturvorschläge zu melden. Als geeignete Lektüre für die Arbeit des Runden Tisches empfiehlt Lilo Roost Vischer die «Grundregeln im Umgang mit Religionen» aus der Publikation «Fragezeichen – Hinweise für Lehrerinnen und Lehrer».

Verteilt werden auch die Zahlen zur Religionszugehörigkeit BS und BL per Ende 2008. Informiert wurde auch über die Integrationskommissionen in Pratteln und Liestal und die Mitwirkung von BL am Sprachförderkonzept 2010. Zur anlaufenden Debatte zur Minarettverbotsinitiative wird die Hauptstossrichtung des Interreligiösen Forums bekannt gegeben: Primär hätten sich Schweizerinnen und Schweizer zu engagieren, um die verfassungsmässig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verteidigen. Das Sekretariat des IRF wird laufend die Veranstaltungen in der Region zusammenstellen und diese Informationen auch dem Runden Tisch zusenden.

Zum Schluss wird auf anstehende Veranstaltungen in der Region hingewiesen: auf den offiziellen Anlass des Fastenbrechens im Kulturzentrum Union (31.8.2009), auf das Festival «integra» in Liestal und auf die Ausstellung «Sakralbauten in der Schweiz: Kuppel, Tempel, Minarett» im November in Liestal.

Vierzehnter Runder Tisch 14.10.2009:

Minarettverbotsinitiative

Hauptthema des vierzehnten Runden Tisches ist die Minarettverbotsinitiative, die medial für immer mehr Wirbel sorgt. In Basel-Stadt wird der Aushang des Pro-Plakats auf öffentlichem Grund nicht bewilligt, da es diskriminierend und diffamierend sei (Minarette in Form von Raketen, eine finster blickende schwarz verschleierte Muslimin). Der Entscheid ist von der Allmendverwaltung getroffen worden, auf Grund der neuen Plakatverordnung BS und nach Rücksprache mit der Fachstelle Integration. In der Diskussion werden unterschiedliche Aspekte aufgeworfen: Wo liegen die Grenzen der Meinungsfreiheit? Wie viel Anstand braucht es im öffentlichen Raum? Ist das Plakatverbot ein «Steilpass» für die Minarettgegner?

Im Kanton BL gibt es keine zentrale Verordnung für solche Entscheide, jede politische Gemeinde kann selbst entscheiden. Der Vertreter der Evangelischen Allianz berichtet, dass die EA national gegen ein Minarettverbot sei, trotzdem gebe es Gruppen, die auf Grund grosser Verunsicherung dafür seien. Die IGB, der Schweiz. Israelitische Gemeindebund und die Christlich Jüdischen Projekte lehnen die Initiative klar ab, hingegen sei die Arbeitsgemeinschaft Israel-Werke Schweiz (vor allem evangelikale Kreise) dafür, wie der Vertreter der IGB klarstellt. Und er betont auch, dass es für Juden einfacher sei, Diskriminierung klar zu benennen und zu bekämpfen, da aus historischen Gründen Antisemitismus als zu bekämpfende Diskriminierung explizit gesetzlich verankert sei. Es bestehe die Gefahr, dass mit unterschiedlichen Ellen gemessen werde. Vorge stellt wird auch die Stellungnahme der BMK (ein im Juni 2009 verfasstes Papier der Gesellschaft Schweiz-Islamische Welt, die im Nachhinein zur offiziellen Stellungnahme der BMK wurde). Die beiden BMK Vertreter teilen ihre persönliche Position mit: Die Initiative überrasche die Muslime nicht, man habe so etwas erwartet, alle paar Jahre gebe es Skandale dieser Art. Die Muslime sollten dagegen resistent sein. Die BMK sei nicht passiv, sondern vorsichtig. Warum müssten sich Muslime immer verteidigen, wenn es um ausländische Angelegenheiten gehe? Vom Runden Tisch kommt der Vorschlag, einer resignativen Haltung gemeinsam zu begegnen.



Als stossend wird vor allem empfunden, dass in der Bundesverfassung wieder ein konfessioneller Ausnahmeartikel eingefügt werden soll, nachdem 2001 mit der Abschaffung des «Bistumsartikel» (Art. 72, Abs. 3) der letzte Ausnahmeartikel getilgt worden ist. Mehrere Mitglieder des Runden Tisches sind der Ansicht, dass die Initiative rechtzeitig als rechtlich unzulässig hätte eingestuft werden sollen. Alle sollten aus «Liebe zur Verfassung» gegen Ausnahmeregelungen vorgehen. Festgestellt wird auch, dass die Gleichsetzung von Islam und militantem Islamismus in breiten Kreisen üblich geworden sei. Die These von Samuel Huntington von 1993, wonach Konflikte zwischen dem Westen und der islamischen Welt zwangsläufig seien, ist zwar von der Wissenschaft widerlegt worden, aber nach wie vor oder sogar verstärkt in den Medien präsent (vgl. die Bertelsmann-Studie zu kulturellen Konflikten). Es folgt ein engagiertes Gespräch über Selbst- und Fremdwahrnehmung und Fragen der Identität. Schweizer sein/Muslim sein, ein Gegensatz? Musliminnen und Muslime werden, vor allem seit dem 11. September 2001, in der Fremdwahrnehmung permanent auf einen Aspekt reduziert, nämlich den der religiösen Zugehörigkeit. Der Runde Tisch hält fest, dass sich Identität grundsätzlich nicht auf ein einziges Kriterium beschränken lässt. Festzuhalten ist auch, dass von den rund 350 000 Musliminnen und Muslimen in der Schweiz rund 60 000 einen Schweizer Pass haben. Sohail Mirza stellt dem Runden Tisch im Anschluss an die Sitzung ein persönliches Papier mit dem Titel «Ein Schweizer? Ein Muslim?» zu, das zur vertieften Auseinandersetzung genutzt wird.

Unter dem Motto «Der gegenwärtigen Negativpropaganda durch gemeinsame Anlässe Gegensteuer geben» werden zurückliegende und kommende Veranstaltungen besprochen und beworben.

Das von der BMK in Zusammenarbeit mit der Koordination für Religionsfragen organisierte Fastenbrechen im Kulturzentrum Union hat von allen Seiten positive Rückmeldungen erbracht. Mehrere Mitglieder des Runden Tisches haben am feierlichen Anlass teilgenommen. Hingewiesen wird vor allem auf die Woche der Religionen und den Eröffnungsanlass, an dem möglichst alle Mitglieder des Runden Tisches teilnehmen sollen. Der Gründungsanlass des Projekts «Zelt Abrahams», in Form einer feierlichen Unterzeichnung zwischen der Stiftung Christlich-Jüdische Projekte und der Basler Muslim Kommission wird ebenfalls beworben.



2. November, Rathaus Basel:

Bikantonale Eröffnung der nationalen Woche der Religionen

Die bikantonale Eröffnung der Woche der Religionen im Rathaus mit Grussworten der Regierungspräsidenten Guy Morin und Urs Wüthrich-Pelloli sowie dem Präsidenten der «Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz», Georg Vischer, wird zu einem feierlichen und gleichzeitig anregenden Anlass. Der inhaltliche Schwerpunkt ist dem Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften gewidmet. Der Rechtsprofessor Felix Hafner schildert die Geschichte der römisch-katholischen Kirche im reformierten Basel aus historischer und persönlicher Sicht. Geschildert wird die typische Situation einer Migrationskirche, die erst 1972 öffentlich-rechtlich anerkannt wird, gemeinsam mit der Israelitischen Gemeinde Basel. Sohail Mirza, Kopräsident des Interreligiösen Forums, reagiert mit einem Statement aus muslimischer Sicht, anschliessend wird lebhaft diskutiert. Den Apéro nutzen die Teilnehmenden für informelle Gespräche.

Fünfzehnter Runder Tisch 16.12.2009:

Abstimmungsergebnis Minarettverbotsinitiative

Der kritische Rückblick auf die Woche der Religionen ergibt, dass interessante Veranstaltungen stattgefunden haben, denen man mehr Teilnehmende gewünscht hätte. Auch die gelungene bikantonale Eröffnung hätte ein grösseres Echo verdient. Beanstandet wird die schwache Beteiligung von muslimischer Seite. Der gut besuchte Gründungsanlass des «Zelts Abrahams» vom 28. Oktober ist unbeabsichtigt zum Konkurrenzanlass geworden. Solche Organisationspannen sollten im 2010 vermieden werden.

Hauptdiskussion zum Jahresende ist die überraschend hoch angenommene Abstimmung für ein Minarettverbot. Der Kanton Basel-Stadt hat als einziger Deutschschweizer Kanton die Initiative abgelehnt, allerdings war der Anteil an Jastimmen höher als in den Städten Zürich und Bern. Diskutiert wurde ausgehend von den Stellungnahmen des Verbands der Aargauer Muslime, von Christof Meier; Leiter Integrationsförderung der Stadt Zürich und von Georg Vischer, Präsident von IRAS COTIS. Der Abstimmungsgraben gehe durch die breite Bevölkerung, mitten durch soziale Gruppen. Der Graben zeige sich auch zwischen den Leitungen der Parteien und der etablierten religiösen Institutionen

und deren Basis. Zum Vorschein komme eine tiefe Identitätskrise als Ausdruck von (ökonomischer) Verunsicherung und fehlender Beheimatung. Eine Krise des Selbstvertrauens. Verunsicherung auch, was die eigene Religiosität betreffe. Die Sichtbarkeit und Hörbarkeit von neuen Religionen im öffentlichen Raum löse Verunsicherung aus. Es sei emotional und nicht auf der Sachebene abgestimmt worden.

Die Situation ist von den meisten falsch eingeschätzt worden. Es brauche mehr Information, mehr konkrete Begegnung. Ein Mitglied der BMK betonte, dass ihnen die geeigneten Mittel und Personen fehlten, um mehr Öffentlichkeitsarbeit zu machen, dass sie Hilfe von anderen Religionsgemeinschaften bräuchten. Ergänzt wurde, dass Integrationsarbeit allgemein ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, das nicht auf die paar wenigen Berufspersonen abgeschoben werden kann. Erwähnt wurde auch das generelle Problem der anzuwendenden Sprache: komplexe Themen bedürfen einer komplexen Sprache, die verständlich, aber nicht populistisch sei. Das Fazit der Bilanzrunde bestand darin, dass es dringend professionellere religionsbezogene Informations- und Öffentlichkeitsarbeit brauche und dass neue Formen der Begegnung gefragt seien.

Das letzte Traktandum ist der interreligiösen Zusammenarbeit und insbesondere den Leitprinzipien des Runden Tisches gewidmet. Einige Punkte werden nochmals geklärt: der Runde Tisch beruht auf dem Mandatsprinzip und nicht auf der Teilnahme von Einzelpersonen. Das bedingt, dass Informationen weiter gegeben und offene Punkte rechtzeitig diskutiert werden. Zu bedenken ist, dass die Organisationsstrukturen der einzelnen Religionsgemeinschaften sehr unterschiedlich sind. Es ist die Aufgabe der Religionsgemeinschaften zu prüfen, wie sie sich effizient organisieren respektive vertreten lassen. Betont wird auch, dass der Runde Tisch lösungsorientiert an der Schnittstelle zu kantonalen Behörden und der Öffentlichkeit arbeite und andere Aufgaben als der interreligiöse Dialog hat. Die Leitprinzipien werden in der vorliegenden Form bestätigt. Die Mitglieder haben erneut die Pflicht, diese Leitlinien in ihren Gremien bekannt zu geben.

Informiert wird über die kurzfristige Möglichkeit an der MUBA 2010 einen Stand zum Thema Religion und Gesellschaft mitzugestalten, unter Federführung des Bundesamts für Migration.

Rückblickend kann festgehalten werden, dass nicht alle geplanten Aktivitäten zustande gekommen sind. So ist die geplante Aussprache zwischen BMK und IGB immer wieder verschoben worden. Aber die Gründung des Zelts Abrahams ist ein wichtiger Schritt für eine neue Zusammenarbeit. Und die Vertrauensbasis am Runde Tisch ist ausgebaut worden, sodass zunehmend offene und kritische Diskussionen möglich sind. Festzuhalten ist auch, dass viele Informationen ausgetauscht worden sind. Wie stark die mandatierten Vertreter diese religions- und integrationsbezogenen Informationen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft nutzen (können), ist eine andere Frage. Die unterschiedlichen Organisationsstrukturen, aber auch der berufliche Hintergrund der einzelnen Mitglieder haben einen starken Einfluss auf die Umsetzung. Ein wichtiges Ziel für das Jahr 2010 besteht darin, die Verbindlichkeit der Arbeit des Runden Tisches der Religionen beider Basel auszubauen, was angesichts der zunehmenden Brisanz religiöser oder vermeintlich religiöser Fragen eine dringende Aufgabe ist. Um die im Jahr 2009 immer wieder geforderte Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen, begrüsst der Runde Tisch die Gelegenheit der Teilnahme an der MUBA 2010.

Mitglieder des Runden Tisches der Religionen beider Basel im Jahr 2009:

Koordinatorin für Religionsfragen: Dr. Lilo Roost Vischer (Leitung)
Integrationsdelegierter Kanton Basel-Landschaft: Hans Beat Moser
Evangelisch-reformierte Kirche BS: Dr. Bernhard Christ, Vizepräsident des Kirchenrats, abgelöst durch Dr. Verena Trutmann, Mitglied des Kirchenrats
Römisch-Katholische Kirche BS: Heinzpeter Mooren, Kirchenratspräsident
Evangelisch-reformierte Kirche BL: Pfarrer Christoph Hermann
Römisch-Katholische Kirche BL: Theologe Peter Messingschlager
Christkatholische Kirche: Gaston Ravasi.
Evangelische Allianz: Ralf Dörpfeld
Serbisch-orthodoxe Kirche: Pfarrer Milutin Nikolic, abgelöst durch Ljubomir Golic
Israelitische Gemeinde Basel: Peter Bollag
Basler Muslim Kommission: Sohail Mirza (BS) und Ayhan Seker (BL)
Alevitisches Kulturzentrum Regio Basel: Hüseyin Cihan Minkner (alternierend Hasan Kanber)
Kulturvereinigung der Aleviten und Bektaschi: Hasan Kanber (alternierend Cihan Minkner).
Hindutempel Basel: Vignarajah Kulasingam
Baha'i Gemeinde beider Basel: Roya Blaser

Ich danke den Mitgliedern des Runden Tisches der Religionen beider Basel im Namen der Abteilung Gleichstellung und Integration des Präsidialdepartements Basel-Stadt und des Integrationsdelegierten Basel-Landschaft Hans Beat Moser von ganzem Herzen für ihr grosses Engagement für diese anspruchsvolle Aufgabe.

Basel, im Juni 2010, Lilo Roost Vischer

Alle Fotos: Anna Wegelin, Momentaufnahmen anlässlich der bikantonalen Eröffnung der Woche der Religionen im Basler Rathaus, 2. November 2009.